**Propagandaheft!** **Weitergeben!**

# Monatschrift

der

## Oesterreichisch-Israelitischen Union

„Union deutschösterreichischer Juden".

Nr. 4 Wien, Juni 1921



### Der Arierparagraph.

Die antisemitische Flut wächst. Der zertretene Staat, die zerfetzte Gesellschaft, die entwurzelten Massen suchen nach den Ursachen des Elends. Das Gedächtnis der Menschen ist kurz, die Menge folgt hierzulande mehr noch als anderswo den Schlagworten des Tages. Christlichsoziale und Alldeutsche haben das Urteil über die Entstehung des Weltkrieges in gleichem Maße zu fürchten. Da wollen denn ihre Agitatoren durch Brandreden und Flugschriften den Schleier des Vergessens über die Urheber des größten Verbrechens, das je an der Menschheit begangen wurde, breiten. Die Adelsclique und die Beamtenkamarilla des kaiserlichen Oesterreich, der Cäsaren-Nachfahr an der Spree und seine dienstbeflissenen Paladine sollen von der Verantwortung entlastet werden. Die Bemühungen richten sich nach der Linie des geringsten Widerstandes. Der Nächste, Schwächste und dem Volkshasse am leichtesten Preiszugebende ist — der Jude. Das Rezept des zaristischen Rußland, die Empörung des Volkes über die Frevel einer unfähigen, korrupten, menschenzerstampfenden Regierung auf das wehrlose Häuflein der Juden abzulenken, wird nun in den Republiken Oesterreich und Deutschland wiederholt. Gewissenlose Agita-

toren verkünden es täglich und stündlich in allen Zeitungen und Versammlungen, daß an allem Unheil nur die Juden schuld seien. Die Juden haben den Krieg gemacht, die Juden haben den „Siegfrieden" diktieren wollen, die Juden haben den Krieg verloren, die Juden stecken hinter den schmachvollen, vernichtenden Friedensverträgen von St. Germain, Versailles und Trianon, die Juden haben das Geld entwertet, die Juden halten die Notenpresse im Gange, die Juden essen den Christen das karge Brot weg, die Juden steigern die Teuerung zu schwindelnder Höhe, die Juden, die Juden und immer wieder die Juden! Es tut nichts, daß tausendfältige Erscheinungen bekunden, daß Kriegsgewinn und skrupelloser Erwerb in der Nachkriegszeit, daß Wucher und Ausbeutung, Betrug, Einbruch und Diebstahl durchaus interkonfessioneller Natur sind, daß die Schwankungen des Waren- und Geldmarktes auch von Christen weidlich ausgenützt werden. Des römischen Kaisers übel duftendes „Non olet" (das Geld riecht nicht) und des alten Guizot frivoler Zuruf: „Enrichissez-vous!" (Bereichert Euch!) an seinen Anhang waren Ausbrüche arischer Korruption, wie ja zu allen Zeiten sozialen Verfalles und der Auflösung staatlicher Ordnung die Wogen brutalster Gewinnsucht über jedem Volke zusammenschlugen. Aber es ist so leicht, so einfach, so gemeinverständlich, der urteilslosen und gedankenträgen Menge vorzugaukeln, daß alles Uebel dieser Welt semitischen Ursprunges ist und daß all die stolzen und großen Arier, welche den Krieg und seine entsetzlichen Folgen verschuldet haben, die Wilhelm und Nikolaus, die Berchtold und Stürgkh, die Poincarré und Clemenceau, die Ludendorf und Tirpitz, nur Hampelmänner in den Händen der Juden waren.

Da kommen nun die kleinen Gernegroße des Ariertums und wollen an dem künstlich angeschürten Judenhasse ihr Süpplein kochen. Hinaus mit den Juden! Das Wort hallt und dröhnt und pflanzt sich fort wie Feuerruf. Zwar braucht man sie noch zu Steuern und Abgaben, zu Kredithilfe und sozialer Fürsorge, aber man kann doch vorläufig eine gesellschaftliche „Reinigung" vollziehen. In den Vereinen, die fortab auf die Beiträge jüdischer Mitglieder nicht mehr angewiesen zu sein glauben, in den Sport-, Turn- und Wandervereinen wird der Anfang gemacht. Mit echtdeutscher Treue werden wohlerworbene Rechte mit Füßen getreten, wird die gelbe Fahne des Rassenhasses auf den Höhen der Berge aufgepflanzt, werden die Freudenfeuer des Reinheitsdünkels auf allen Hochgipfeln entzündet. „Hinaus mit den Juden!" Im Alpenverein und Touristenklub ist es gelungen. Freilich nicht ganz. Unmittelbar nach der schmählichen Annahme des Arierparagraphen in der Sektion „Austria" des Alpenvereines hat sich eine neue, unpolitische Sektion „Donauland" gebildet, welcher auch zahlreiche, über die konfessionelle

Unterscheidung auf rein sportlichem Gebiete entrüstete Arier beigetreten sind, und die Sektion „Wienerwald" des Touristenklubs veröffentlicht eine Erklärung, in welcher sie betont, daß sie unbeirrt an der Pflege reinster Naturfreude abseits von allen politischen und nationalen Verhetzungen festhalten wolle. Der jüngste Sproß des Reindeutschtums, Dr. Walter Riehl, der die Wühlerei in den beiden Touristenvereinen angezettelt und geführt hat, findet also noch etwelche Wermutstropfen in dem Becher seiner Siegesfreuden. Auf seine schäbigen Argumente, deren eines lautet, daß arische Mädchen vor den Verführungen jüdischer Bergsteiger geschützt werden müssen — als ob solche Dinge just im Angesichte der Majestät der Berge und just mit Ausschluß arischer Schürzenjäger passierten (wir erinnern nur an die schmutzige Geschichte, die Herr K. H. Wolf im Hause seines teutschen Gastfreundes zu Bilin vollführte) — braucht nicht weiter eingegangen zu werden. Herr Riehl hat den Ehrgeiz, Massen zu führen, und das bequemste Mittel dazu ist eine frisch-fröhliche Judenhetze. Dazu braucht es weder Geist, noch Witz, noch Wissen, nur ein wenig Gewissenlosigkeit und eine glatte Suada.

In der Provinz findet das Beispiel des Alpenvereines und des Touristenklubs schon bereitwillige Nachahmung. Die tapferen Deutschen in Tirol und Salzburg, die sich im ungeeignetsten Momente und trotz entschiedenster Ablehnung von Berlin an das Deutsche Reich hängen wollen, sind ja so dankbar für jedes leere Schellengeklingel, das ihnen ihre hauptstädtischen Brüder zur Nachahmung bieten. Sie brüllen die „Wacht am Rhein" und „Deutschland, Deutschland über Alles!", aber das Wort Anastasius Grüns ist ihnen unbekannt:

„Deutsch sein, das heißt, die Freundesarme
Für alle Menschheit ausgespannt,
Im Herzen doch die ewig warme,
Die treue Lieb' zum Vaterland!"

Die traurige Folge dieses wüsten Treibens ist die Fortdauer und Vertiefung des Hasses der ganzen Welt gegen deutsches Wesen, welches mit Radaudeutschtum und Hurrahpatriotismus identifiziert wird.

Der Arierparagraph, mag er in Humanitäts- oder Sportvereinen praktiziert werden, wird uns Juden die Freude am Wohltun und die Lust an Gottes herrlicher Welt nicht verleiden. Die Berge sind frei und von ihrem hohen Standpunkte aus bietet sich alles Gewimmel und Getriebe der antisemitischen Menschlein unten nur als ein kribbelnder Ameisenhaufen dar. Zu den ewigen Gesetzen der Menschheit, zur Pflege und Fortentwicklung von Geist und Gemüt, von Kunst und Wissenschaft, von Nächstenliebe und Barmherzigkeit, halten wir den Blick

erhoben. Sie ragen unvergänglich wie die Gipfel der Alpen. Wohl gibt es auch unter uns manche, die am Staube haften. Aus einzelnen Hütten sind Hotels geworden, wo gepraßt und geprotzt wird. Aber an solchen Ausschreitungen haben Christen wie Juden Anteil. Die Psychologie der Emporkömmlinge ist immer und überall die gleiche. Hüten wir uns vor der Vermischung mit ihnen, sie gehören trotz seidener Pyjamas und blitzender Brillanten so wenig zur guten Gesellschaft wie das heulende Rudel, das den Arierparagraphen propagiert. Die einen nähren den Judenhaß wie die anderen den Deutschenhaß. Und sie haben einander nichts vorzuwerfen. Aus Bergeshöhe hat das Judentum der Welt die sittliche Erleuchtung gebracht, von Bergeshöhe ist Moses den Augen des Volkes für immer entschwunden. Unser Volk als Ganzes kann nicht anders als immer wieder zur Höhe streben. Daran wird kein Arierparagraph etwas ändern.

Siegfried Fleischer.

---

## Erste ordentliche Delegiertenversammlung
der
## „Union deutschösterreichischer Juden".

Im Saale des n.-ö. Gewerbevereines fand am 15. Juni d. J. die 1. außerordentliche Delegiertenversammlung der „Union Deutschösterreichischer Juden" statt.

Vizepräsident Dr. Ornstein begrüßte die zahlreich erschienenen Delegierten sowie die Obmänner der Mitgliedschaften, ferner die Herren Dr. Julius Ofner, Universitätsprofessor Dr. L. Königstein, Vizepräsident der Wr. Kultusgemeinde Ignaz Glück, die Kultusvorsteher Rat Buchwald, Dr. Deutsch und Dr. Landau, den früheren Stadtrat Dr. Oskar Hein u. a. Der Vorsitzende warf sodann einen Rückblick auf die Entstehung der neuen Organisation, betonte nachdrücklich die Notwendigkeit kraftvollen Zusammenschlusses im Kampfe um die Rechte der österreichischen Judenschaft und forderte alle Juden zur werktätigen Arbeit auf.

Herr Ignaz Glück dankte für die ehrenvolle Begrüßung und führte aus, daß voraussichtlich schon die nächste Zeit neue Kämpfe bringen werde, da der jetzige Zustand in der Wiener Kultusgemeinde infolge der faktiösen Opposition der Jüdischnationalen unhaltbar erscheine. Redner mahnt zu einigem und entschlossenem Widerstande und zur rechtzeitigen Organisierung des Kampfes.

Hierauf verlas Sekretär Siegfried Fleischer den nachfolgenden

## Rechenschaftsbericht:

Auf Grund der Beschlüsse der Vertrauensmännerversammlung vom 1. Juli 1920, in welcher einem hiezu eingesetzten Organisationskomitee der Auftrag erteilt wurde, im Einvernehmen mit der „Oesterr. israel. Union“ eine Dauer- und Gesamtorganisation der österreichischen Judenschaft unter dem Namen: „*Union Deutschösterreichischer Juden*“ zu schaffen, tritt heute die erste Versammlung der Delegierten der bereits gebildeten Mitgliedschaften (Ortsgruppen) zusammen, um die Wahl des Zentralvorstandes vorzunehmen, durch welche das neue Gebäude gekrönt werden soll.

Es ist Ihnen bekannt, daß nach den Bestimmungen der von der Landesregierung genehmigten neuen Statuten den *Mitgliedschaften* ein weitgehendes Maß von Selbständigkeit eingeräumt ist. Sie stehen unter autonomer Leitung der von ihnen gewählten Ausschüsse, sie können nach eigenem Bedarf und Ermessen Versammlungen, Vorträge und Diskussionen abhalten, Beschlüsse fassen und Anregungen geben, welche lediglich zu ihrer Durchführung der Genehmigung des Zentralvorstandes bedürfen, um so den Einheitswillen der Gesamtorganisation zum Ausdrucke zu bringen. Die „Union Deutschösterreichischer Juden“ ist damit auf eine breite demokratische Basis gestellt, welche geeignet erscheint, ihre Schlag- und Werbekraft wesentlich zu erhöhen. Die Ortsgruppenbildung wurde bisher in allen Wiener Bezirken derart durchgeführt, daß entweder der territoriale Umfang der Mitgliedschaft mit der Bezirksgrenze zusammenfällt oder daß auf besonderen Wunsch mehrere Bezirke zu einer Mitgliedschaft zusammengelegt wurden. Ueberdies wurden in einer Reihe größerer Provinzgemeinden, so in Graz, Salzburg und Innsbruck, Ortsgruppen gebildet, während eine Versammlung der „Vereinigung Deutschösterreichischer Staatsbürger jüdischen Glaubens“ in Linz ihren Vorstand einstimmig beauftragt hat, der nächsten Generalversammlung den Antrag auf Umbildung dieser Vereinigung in eine Ortsgruppe der „Union Deutschösterreichischer Juden“ vorzulegen.

Hand in Hand mit dem Ausbau der neuen Organisation ging auch eine rührige *Werbetätigkeit*. Nach dem Zusammenbruche des Reiches hat die alte Union naturgemäß eine große Anzahl ihrer Mitglieder in den abgetrennten Gebieten verloren. Nach der entschiedenen Stellungnahme der Union gegen die auf Anerkennung einer besonderen jüdischen Nation in Oesterreich gerichteten Bestrebungen und im Zuge der vorjährigen Wiener Kultuswahlen sind dem Vereine in den Jahren 1919/20 965, seit 1. Jänner 1921 870 Mitglieder, insgesamt sonach 1835 Mitglieder mit Jahresbeiträgen von rund fünfzigtausend Kronen *neu* beigetreten, so daß der schwere Ausfall, welchen

wir durch die Nachwirkungen des Krieges erlitten haben, zu einem beträchtlichen Teile wieder wettgemacht erscheint. Das ist allerdings nur erst der Anfang des Auf- und Ausbaues, der uns obliegt. Unsere Bestrebungen zielen dahin, daß jeder bewußte Jude und jede jüdische Frau, welchen die Verteidigung und Erhaltung unserer staatsbürgerlichen Stellung in diesem Staate, der uns die Heimat und den Boden bedeutet, auf welchem auch unsere Kinder zu freien, tüchtigen und vollberechtigten Bürgern heranreifen können, am Herzen liegt, ihren Beitritt zu unserer großen Schutzorganisation vollziehen. Wir werden zu diesem Zwecke die Ortsgruppenbildung auch in kleineren Gemeinden im Herbste fortsetzen und im gegebenen Zeitpunkte auch an die Schaffung von Frauen- und Jugendgruppen schreiten und hoffen, auf diese Weise die Agitation am wirksamsten zu bekämpfen, durch welche ein großer Teil unserer Jugend in das jüdischnationale Lager geführt wurde.

Geehrte Delegiertenversammlung! Nach den Uebergangsbestimmungen des neuen Statuts war der bisherige Vorstand der Oesterr. israel. Union bis zur Wahl des Zentralvorstandes berufen, die Geschäfte der neuen Organisation zu führen. Er fühlt sich demnach verpflichtet, vor seinem Rücktritte Ihnen und der gesamten jüdischen Oeffentlichkeit Rechenschaft über diese Geschäftsführung abzulegen. Dieser Bericht wird sich selbstverständlich nur auf solche Fälle beschränken müssen, durch welche Rechte oder das Interesse der jüdischen Gesamtheit oder ganzer Gruppen der Judenschaft berührt wurden, während wir unsere hundertfältigen Interventionen für Recht und Ehre einzelner Juden unerwähnt lassen müssen. Der Krieg und mehr noch die schwere Nachkriegszeit haben die österreichische Judenschaft und die Union als deren Schutzorgan vor schwere Aufgaben gestellt. Der bei Kriegsbeginn von den Christlichsozialen verkündete Burgfrieden ist bald durchbrochen worden. Sowohl in der bürgerlichen Gesellschaft als auch bei den militärischen Behörden und Formationen machten sich, je schwieriger und langwieriger die Kämpfe verliefen und je empfindlicher die Folgen der allseitigen wirtschaftlichen Absperrung fühlbar wurden, verstärkte antisemitische Srömungen bemerkbar. Die Ueberflutung ganz Mittel- und Westösterreichs durch galizische Flüchtlinge löste statt des tiefsten Mitleids mit diesen unglücklichen Kriegsopfern vielfach Haß und Feindseligkeit gegen dieselben aus. Namentlich in Böhmen und Mähren, wo unter der tschechischen Bevölkerung noch die Erinnerung an die im Anschlusse an den Hilsner-Prozeß betriebene Ritualmordhetze lebendig war, wurde gegen die Fremdlinge wiederholt die Beschuldigung erhoben, daß sie versuchten, sich zu rituellen Zwecken Christenblut zu beschaffen. In all

diesen Fällen haben wir durch sorgfältige Erhebungen an Ort und Stelle den absolut verleumderischen Charakter dieser Anklagen festgestellt und die Urheber und Verbreiter der gerichtlichen Bestrafung zugeführt. Klagen der Flüchtlinge über schlechte Behandlung und sonstige Mißstände in den Internierungslagern zu Pohrlitz, Nikolsburg und Deutschbrod haben wir eingehend geprüft und die Abstellung der Mißstände bewirkt.

Im Widerspruche mit dem Staatsinteresse, welches während des Krieges die Zusammenfassung aller Volkskräfte erforderte, haben die antisemitischen Parteien schon frühzeitig begonnen, die Volksleidenschaften gegen die Juden aufzuwühlen, sie für den Ausbruch des Krieges und für die Verzögerung des Friedensschlusses verantwortlich zu machen und sie der Drückebergerei, der unrechtmäßigen Bereicherung, ja des Landesverrates zu bezichtigen, obwohl die Verlustlisten und die glänzende Mitwirkung der Juden an allen Zweigen der Kriegsfürsorge bekundeten, daß sie tapfer und hingebungsvoll ihre Pflichten gegen das Vaterland erfüllten. In zahlreichen Eingaben und Denkschriften an die beteiligten Ministerien und an das Armeeoberkommando sowie in persönlichen Vorstellungen bei diesen Behörden sind wir diesem Verleumderfeldzug entgegengetreten und haben der Wahrheit den Weg gebahnt. Unseren statistischen Nachweisungen über die restlose Erfüllung der militärischen Pflichten durch die jüdischen Angehörigen der Armee ist es zu danken, daß die gehässigen und unwahren Vorwürfe über Feigheit und Drückebergerei der Juden sehr rasch verstummt sind. Wie sehr zu jener Zeit das antisemitische Gift auch in die höchsten Stellen der Armee eingedrungen war, beweist ein Rundschreiben des Armeeoberkommandos an die österreichischen Handelskammern, in welchem davor gewarnt wurde, „mosaische" Reisende in das südöstliche Okkupationsgebiet zu entsenden, weil die Serben und die Montenegriner solche Reisende angeblich ungern sehen und gegen dieselben sehr mißtrauisch sind. Wir waren in der Lage, dem Handelsminister und dem Armeeoberkommando zu beweisen, daß das gerade Gegenteil richtig ist und daß von jeher der rege Handelsverkehr mit Serbien und Montenegro fast ausschließlich von jüdischen Reisenden, die bei den dortigen Geschäftsleuten sehr wohl gelitten sind aufrechterhalten wurde. Der Chef des Generalstabes, Generaloberst von Arz, hat denn auch in seiner Erwiderung diese Tatsachen anerkennen müssen und betont, daß von den aus Oesterreich und Ungarn in die genannten Länder einreisenden Kaufleuten die meisten mosaischer Konfession sind und nahezu der ganze Handelsverkehr aus und in die Monarchie in jüdischen Händen liegt. Er erklärte zum Schlusse, daß bei Erteilung von Einreisebewilligungen alle Gesuchsteller von den militärischen

Behörden ohne Rücksicht auf ihre Konfession behandelt werden sollen.

Den gleichen antisemitischen Geist atmete eine Zuschrift des Heeresgruppenkommandos Erzherzog Eugen an eine Reihe wirtschaftlicher Korporationen, in welcher die Ansiedlung verläßlicher christlicher deutscher Geschäftsleute in Trient für wünschenswert erklärt wurde. Wir haben gegen diese ebenso bösartige als volkswirtschaftlich unsinnige Ausschließung jüdischer Geschäftsleute energisch Stellung genommen. Mit dem Verluste Trients ist freilich die nationalökonomische Weisheit des genannten Heeresgruppenkommandos unwirksam geworden.

Als unmittelbar nach dem Zusammenbruch die Koalitionsregierung ins Amt trat, machte sich in den einzelnen Ressorts eine verschiedene Auffassung bezüglich der Bestätigung oder Wiederanstellung solcher jüdischer Beamten geltend, welche im Neu-Ausland, d. h. in der Tschecho-Slowakei und Galizien, heimatberechtigt waren. Wir haben uns in zahlreichen Fällen für die Anerkennung der österreichischen Staatsbürgerschaft und für die Wiederanstellung solcher jüdischer Beamten mit Erfolg eingesetzt. In dieser Uebergangsperiode brachte der Abgeordnete Kemetter in der Nationalversammlung den Antrag ein, daß in der Republik Oesterreich nur Personen deutscher Abstammung eine Beamtenstelle bekleiden dürfen. Der Antrag richtete seine Spitze ersichtlich gegen die Juden und hätte für diese die tatsächliche Aufhebung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung bedeutet. Die „Union" hat gegen diesen Anschlag auf die Staatsgrundgesetze bei dem damaligen Staatschef Präsidenten Seitz und beim Staatskanzler Dr. Renner energisch Einsprache erhoben und von diesen beiden hohen Funktionären die Versicherung erhalten, daß bei den damaligen parlamentarischen Machtverhältnissen der Antrag Kemetter bestimmt nicht zur Annahme gelangen werde. Tatsächlich ist auch dieser ominöse Antrag in den Archiven der Nationalversammlung begraben worden.

Auch der Vorwurf des Kriegswuchers, der Preistreiberei und des Kettenhandels ist während und nach dem Kriege von antisemitischen Blättern ausschließlich gegen Juden erhoben worden. Bei seinem Amtsantritt hat der Justizminister Dr. Franz Klein eine Rede gehalten, in welcher er den von gewissenlosen Kriegsspekulanten geübten Frevel des Lebensmittelwuchers und der Preistreiberei scharf verurteilte. Wir haben hierauf an den neuen Justizminister ein Begrüßungsschreiben gerichtet, in welchem wir ausführten:

„Durch unsere tägliche Arbeit mit den Leiden und Kümmernissen der unbemittelten Bevölkerung aufs genaueste vertraut, wissen wir die verheerenden Wirkungen des Kriegswuchers ganz zu ermessen. Auch wir verdammen mit tiefstem Abscheu dieses

vaterlandsfeindliche Treiben und, getreu unserem stets betätigten Grundsatze, daß unser Rechtsschutz niemals ein Schutz des Unrechtes werden dürfe, verdammen wir es doppelt, wenn es von Juden geübt wird. Auch wir wünschen die rücksichtslose Ahndung dieses Frevels mit der vollen Schärfe des Gesetzes ohne Ansehung der Person, des Standes und des Religionsbekenntnisses. Es muß eine scharfe Grenzlinie gezogen werden zwischen denen, welche die Not des Vaterlandes zur Ausbeutung der Bevölkerung mißbrauchen, und denen, die mit patriotischer Hingebung und Treue, mit Gut und Blut, ja oft mit dem Einsatze ihrer bürgerlichen Existenz zum Siege unserer Waffen beitragen. Es muß aber auch ausgesprochen werden, daß diese Grenzlinie unheilvoll verschoben würde, wenn aus der Masse der Kriegsspekulanten nur einzelne Gruppen herausgegriffen, über andere dagegen in schlecht angebrachter Schonung der Schleier des Schweigens gebreitet würde. Ein solcher Vorgang widerspräche dem von Eurer Exzellenz neuerlich mit allem Nachdrucke betonten Grundsatze, daß Recht Recht bleiben müsse." — Wir sind bei dieser akademischen Betonung unseres Standpunktes nicht stehen geblieben, sondern haben durch sorgfältige statistische Feststellungen den Nachweis erbracht, daß die Zahl der wegen Kriegswuchers, Preistreiberei und Kettenhandels von den Gerichten und Gewerbeämtern verurteilten Juden weit hinter dem perzentuellen Verhältnisse der jüdischen zur christlichen Bevölkerung zurückblieb.

Im Auftrage des Zentralkomitees zur Wahrung der staatsbürgerlichen Interessen der Juden in den Kriegsgebieten und mit Genehmigung des damaligen Ministerpräsidenten und des Armeeoberkommandos hat unser Sekretär während des Krieges zwei große Reisen nach dem russisch-polnischen Okkupationsgebiete unternommen und daselbst eine wesentliche Erleichterung der Lage unserer dortigen Glaubensbrüder erwirkt. Im gleichen Auftrage unternahm unser Sekretär eine Reise nach Rumänien, wo es ihm gemeinsam mit dem Delegierten der „Allianz" gelang, noch in letzter Stunde eine Aenderung wesentlicher Bestimmungen des eben in der rumänischen Kammer verhandelten Judengesetzes zugunsten der rumänischen Juden durchzusetzen.

Mit der im April 1918 erfolgten Begnadigung Leopold Hilsners, welche unmittelbar nach einer diesbezüglichen Aussprache der Herren Dr. Julius Ofner, Dr. Jacob Ornstein und Sekretär Fleischer mit dem damaligen Justizminister Dr. Schauer verfügt wurde, hat der nahezu 20jährige Kampf der Union um die Befreiung dieses schuldlosen Opfers des Ritual-Mordwahnes sein erfolgreiches Ende gefunden. Unsere Bemühungen um die Wiederaufnahme dieses für die altösterreichische Justiz so schmachvollen Prozesses sind aller-

dings vergeblich geblieben und die weitere Betreibung wäre gegenwärtig nur bei den tschecho-slowakischen Justizbehörden möglich.

Von den Aktionen unseres Rechtschutzbüros aus jüngster Zeit heben wir unser Einschreiten gegen den ehemaligen Abgeordneten Stocker hervor, der in einer Versammlung des Steirischen Bauernbundes in Graz zur gewaltsamen Entfernung der Juden im Wege des Pogroms aufgereizt und sich hiebei den Satz geleistet hat: „So ein Pogrom braucht nicht einmal allzu blutig verlaufen; denn wenn auch nur ein Dutzend Juden einmal auf Laternenpfählen baumeln, dann verschwinden die übrigen 300.000 von selbst.“ — Wir haben gegen Herrn Stocker bei der Staatsanwaltschaft Graz die Strafanzeige wegen Vergehens nach § 302 St. G. erstattet und die genannte Behörde hat die strafgerichtliche Untersuchung gegen Herrn Stocker eingeleitet, die noch nicht abgeschlossen ist.

Die Gemeindevertretungen von Grein a. D. und Mondsee haben im Vorjahre beschlossen, daß jüdische Sommergäste in diesen Sommerfrischen nicht aufgenommen werden dürfen. Gegen diese Verletzung der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Freizügigkeit haben wir bei der oberösterr. Landesregierung Beschwerde ergriffen, welche mit ihren Erlässen vom 2. Juli und 31. August 1920 die Durchführung dieser Gemeindebeschlüsse untersagt hat. Auch für den heurigen Sommer machen sich in einzelnen Gemeinden ähnliche Bestrebungen geltend, gegen welche wir bei den betreffenden Landesbehörden eingeschritten sind.

Eine Beschwerde an das Bundesministerium für Heerwesen wegen gesetzwidriger Anforderung des Taufscheines bei Aufnahmswerbern für die Wehrmacht durch das Kommando in Graz wurde von diesem Ministerium dahin beantwortet, daß in der Wehrmacht, und zwar auch im Befehlbereiche des Grazer Kommandos tatsächlich Juden Aufnahme gefunden haben, daß den militärischen Stellen jede konfessionelle Unterscheidung fern liege und daß alle Kommanden angewiesen wurden, bei künftigen Stellenausschreibungen die gesetzlichen Bestimmungen strenge einzuhalten.

Ein wichtiges, ja unentbehrliches Hilfsmittel unseres Rechtschutzes, die Monatsschrift, mußte innerhalb der Berichtsperiode infolge des exorbitanten Anwachsens der Herstellungskosten auf das äußerste Maß eingeschränkt werden. Es war dies um so empfindlicher, als im Vorjahre auch die „Oesterreichische Wochenschrift“ ihr Erscheinen eingestellt hat. Wir arbeiten jedoch mit allem Eifer daran, die Mittel für die Herausgabe eines neuen jüdischen Wochenblattes aufzubringen, welches allerdings unseren Mitgliedern nicht mehr unentgeltlich, sondern nur im Wege des Abonnements wird abgegeben werden können.

Auch das Erscheinen des „Union-Kalenders" haben wir zu unserem großen Bedauern sistieren müssen, da selbst bei einer sehr bedeutenden Steigerung des Ladenpreises die Kosten für Satz, Druck, Papier und Versendung nicht hätten hereingebracht werden können.

In tiefstem Schmerze beklagen wir den Heimgang unserer beiden ehemaligen Präsidenten Wilhelm Anninger und Siegmund Mayer, an deren Namen sich ein mächtiger Aufschwung und eine glanzvolle Epoche der „Oesterr. israel. Union" knüpfte. Ein glückliches Geschick hat diese beiden Männer, welche Seele und Kopf der „Union" bildeten, zusammen in unsere Reihen geführt und ihr gemeinsames Wirken wird für alle Zeit die ruhmvollsten Blätter in der Geschichte unseres Vereines ausfüllen. Ihr Tod war ein schwerer, ja unersetzlicher Verlust für die österreichische Judenschaft und ihr gesegnetes Andenken wird in unserer Mitte dauernd fortleben. Lassen Sie uns bei diesem Anlasse auch jener zahlreichen treuen Mitglieder der „Union" in Trauer gedenken, welche uns der Tod in den letzten Jahren entrissen hat.

Geehrte Delegiertenversammlung! Getreu unserer Aufgabe, die staatsbürgerlichen Rechte der österreichischen Juden gegen jede Antastung und Bedrohung, mag sie von welcher Seite immer kommen, zu verteidigen, haben wir, wenn auch schweren Herzens, vor 2 Jahren den Kampf gegen die jüdischnationale Partei aufnehmen müssen, in deren Forderung nach Anerkennung einer besonderen jüdischen Nation in Oesterreich wir eine um so gefahrvollere Beeinträchtigung unserer staatsbürgerlichen Rechte erkennen mußten, als die Führer dieser Partei öffentlich verkündeten, daß die im Friedensvertrag von St. Germain festgelegten Minderheitsrechte und der neue Völkerbund die Stellung der Juden im Staate wirksamer schützen würden als die Staatsgrundgesetze. Die Berufung auf die Entente, welche mit diesem Friedensvertrag Oesterreich in das tiefste Elend gestürzt hat, hätte uns in den Augen unserer christlichen Mitbürger geradezu mit dem Mangel jeglichen Staatsgefühls belastet. Die Verwirklichung dieser Forderung einer besonderen jüdischen Nation in Oesterreich würde bedeuten, daß die Juden in Oesterreich sich selbst absondern wollen, und die unausweichliche Folge eines solchen Standpunktes wäre eine Ausnahmsgesetzgebung, welche die freie Betätigung unserer Kräfte in allen Belangen des öffentlichen Lebens, namentlich auch des Wirtschaftslebens, entweder vollständig lahmlegen oder nur nach der Prozentnorm ermöglichen würde. Eine solche freiwillige Preisgabe unserer verfassungsmäßig begründeten Rechtsgleichheit wäre ein Verbrechen an uns selbst und an der Zukunft unserer Kinder. Den Gipfelpunkt dieses Kampfes gegen die Jüdischnationalen bildeten die vor Jahresfrist durchge-

führten Wahlen in den Wiener Kultusvorstand, bei welchen wir im Vereine mit den nicht-nationalen Bezirksorganisationen die überwiegende Mehrheit errungen haben. Wir müssen jedoch unsere Waffen scharf erhalten, denn innerhalb der Kultusstube geht der Kampf weiter und es treten Erscheinungen zutage, welche letzten Endes dahin führen müssen, den Bestand dieser altehrwürdigen Gemeinde und das Ansehen der Judenschaft nach außen schwer zu erschüttern. In diesem uns aufgezwungenen Kampfe werden wir auch weiterhin mit unerschütterlichen Zähigkeit und Energie ausharren und wir rufen alle jüdischen Männer und Frauen Wiens und ganz Oesterreichs auf, in diesem harten Ringen sich an unsere Seite zu stellen. Eine mächtige antisemitische Welle geht durch die ganze Welt. Jede Zerklüftung des Judentums in dieser schweren Zeit muß mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Es ist klar, daß in Palästina nur ein geringer Teil der Weltjudenschaft angesiedelt werden kann. Wenn die Zionisten von uns die opfervolle Unterstützung ihrer palästinensischen Bestrebungen verlangen, so müssen wir dagegen fordern, daß auch sie mit allen Kräften mithelfen, den Fortbestand des Judentums außerhalb Palästinas, den Fortbestand seiner politischen Rechte, seiner religiösen, kulturellen und humanitären Einrichtungen zu erhalten, denn das jüdische Volk der ganzen Erde bildet eine unlösliche religiöse Einheit. Hier ist unsere Heimat, hier wollen wir mitschaffen und mitarbeiten an dem Wiederaufbau des niedergetretenen Staates und der zerrütteten Gesellschaft!

Mit diesem Berichte ist die Aufgabe des Vorstandes der alten „Union“ zu Ende. Wir glauben unsere Pflicht reinen Herzens und guten Gewissens erfüllt zu haben und übergeben die Fahne, die wir 36 Jahre hoch getragen haben, unbefleckt dem neuen, heute zu wählenden Zentralvorstande der „Union Deutschösterreichischer Juden“!

Der Bericht wurde lebhaft akklamiert und einstimmig zur Kenntnis genommen.

Revisor Herr Hermann David erstattet den Revisionsbericht und beantragt, dem scheidenden Vorstande der „Oesterreichisch-israelitischen Union“ das Absolutorium zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Herr Ignaz Glück sprach dem abtretenden Vorstande sowie dem Sekretär für deren hingebungsvolle Arbeit und einwandfreie Geschäftsführung unter allgemeiner Zustimmung herzlichen Dank und volle Anerkennung aus.

Die Wahl des Zentralvorstandes erfolgte mit Akklamation und es wurden einstimmig gewählt die Herren: Karl Friedmann, Karl Fröhlich, Medizinalrat Dr. Heinrich Haase, Universitätsprofessor Dr. Leopold Königstein, Hofrat Dr. Josef Löwner, Rechtsanwalt Dr. Jakob Ornstein, Max

Leo Popper, Komm.-Rat Moritz Reif, Kultuspräsident Simon Rendi (Graz) und Richard Teweles. Dem Zentralvorstande wird ein Beirat angegliedert, dem die Obmänner der Mitgliedschaften und einzelne vom Zentralvorstande zu berufende Persönlichkeiten angehören.

Der Mindestbeitrag für 1922 wurde mit K 20 festgesetzt, jedoch allgemein dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß angesichts der großen und wichtigen Aufgabe, die der neuen Organisation bevorstehen, insbesondere zur Schaffung eines publizistischen Organes, höhere Zahlungen geleistet werden mögen.

Nach einer anregenden Diskussion über verschiedene Einzelfragen, an welcher die Herren Julius Berger, Rat Buchwald, Mandl, Dr. Julius Ofner (stürmisch akklamiert), Bernhard Trnka, Popper und Anton Stein teilnahmen, schloß der Vorsitzende mit Worten herzlichsten Dankes die Versammlung.

---

## Ein Organ der österreichischen Judenschaft!

Keine auf die Anteilnahme breiter Volksschichten berechnete und angewiesene Organisation kann in unseren Tagen der sozialen Auflösung und des schwierigen Existenzkampfes der machtvollen Wirkungen einer zielbewußten publizistischen Propaganda entraten. Die Presse ist der Heerrufer im Kampfe, sie befeuert den Mut, sie wirbt immer neue Scharen für das Ringen der Geister, sie dämpft das Uebermaß des Eifers, sie ist das unentbehrliche Organ, das weithin vernehmbare Schallrohr zur Belehrung und Aufklärung der indifferenten Massen, sie gibt das Zeichen zum Angriff und das Signal zum Abbruch der Schlacht. Eine Partei, die dieses starken Mittels zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung entbehren muß, kann sich für die Dauer nicht behaupten, geschweige denn den Endsieg an ihre Fahnen fesseln.

Die verheerenden Folgen des Weltkrieges haben dem Großteile der österreichischen Judenschaft, der fest im Boden des Vaterlandes und der deutschen Kultur wurzelt und der unsinnigen Forderung nach Anerkennung einer besonderen jüdischen Nation in Oesterreich auf das entschiedenste widerstrebt, schwere Wunden geschlagen. Die „Union“ hat Tausende ihrer Mitglieder in den abgetrennten Gebieten verloren und erst jetzt, nach überaus mühevoller und zäher Regenerationsarbeit, können wir beruhigt sagen, daß uns der Wiederaufbau gelungen ist und daß die „Union Deutschösterreichischer Juden“ wieder eine starke und wirksame Waffe im Kampfe um unsere staatsbürgerliche Rechtsgleichheit bedeutet. Die bodenlose Entwertung des Geldes und die fast um 1000 Prozent gesteigerten Kosten für Satz, Druck und Papier haben es uns in der Nachkriegszeit un-

möglich gemacht, unseren Mitgliedern auch weiterhin den unentgeltlichen Bezug der Monatsschrift zu bieten, ein Uebelstand, der für die Fortentwicklung unserer Organisation geradezu verhängnisvoll werden müßte, wenn er nicht auf irgend einem Wege beseitigt würde. Dazu kommt noch, daß auch Dr. Blochs „Oesterreichische Wochenschrift“, die trotz mancherlei Mängeln doch durch Aktualität, durch scharfe Akzentuierung des Standpunktes der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung und endlich durch energische und sachkundige Abwehr aller Angriffe auf das Judentum für die politische Orientierung der österreichischen Juden von großer Bedeutung war, zu Beginn des Jahres 1920 nach fast 40jähriger Lebensdauer ihr Erscheinen eingestellt hat. Für diesen empfindlichen Ausfall bietet die 14tägig erscheinende „Wahrheit“, die wohl die Erscheinungen des jüdischen Vereins- und Rituallebens sorgfältig verzeichnet, an Festigkeit und Energie der politischen Direktive jedoch manches zu wünschen übrig läßt, keinen ausreichenden Ersatz.

Der Mangel einer kraftvollen publizistischen Vertretung der deutschösterreichischen Judenschaft macht sich nach zwei Richtungen ziemlich fühlbar. Zunächst in der Richtung der Abwehr antisemitischer Angriffe und in der Verteidigung unserer staatsbürgerlichen Rechte, dann aber auch in der klaren Unterscheidung zwischen dem nach unserer unerschütterlichen Ueberzeugung für die politische, wirtschaftliche und soziale Geltung der Juden in diesem Staate verhängnisvollen Bekenntnisse zu einer besonderen jüdischen Nationalität in Oesterreich einerseits und den Bestrebungen zur Errichtung einer rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina anderseits. Die unausgesetzte Betonung dieser Unterscheidung im Wege der Presse ist um so notwendiger, je mehr Zionisten und Jüdischnationale bemüht sind, sie zu verwischen. Der Gegensatz zwischen reinen Zionisten und Jüdischnationalen ist auch schon in den zionistischen Kreisen der nordamerikanischen Union zutage getreten. Die hervorragendsten Führer des amerikanischen Zionismus, Oberrichter Brandeis und Richter Mack, haben es entschieden abgelehnt, ihr Eintreten für Zion mit einer Verleugnung ihrer Zugehörigkeit zur großen nordamerikanischen Nation zu verquicken. Dieselbe Stellung nehmen die reichsdeutschen, die englischen und französischen Juden ein. Nur in Oesterreich verwirrte die Forderung nach Anerkennung einer jüdischen Nationalität mit Minoritätsrechten, d. h. also mit der Anwendung von Ausnahmsgesetzen gegen die Juden und der praktischen Wirkung einer Vernichtung der Gleichberechtigung, die Köpfe. Es ist von höchster Wichtigkeit, in einem periodisch erscheinenden Organe immer wieder die Verderblichkeit einer solchen Agitation aufzuzeigen, um so wichtiger, je-

mehr die rein zionistische Idee auch unter den an ihrer gegenwärtigen Staatlichkeit und an deutschen Kulturwerten festhaltenden Juden an Boden gewinnt und je mehr die Mentalität der jüdischnationalen Fanatiker dahin gerichtet ist, die Begriffe „Zionismus“ und „Nationalismus“ zu konfundieren.

Von nicht geringerer Bedeutung ist die dauernde und stetige Kontrolle des jüdischen Gemeindelebens durch ein unabhängiges publizistisches Organ. Wäre uns bei den letzten Kultuswahlen ein solches Organ zur Verfügung gestanden, der Sieg der nicht-jüdischnationalen Parteien wäre noch ein viel eklatanterer gewesen. Die Würdelosigkeit und persönliche Gehässigkeit, mit der dieser Kampf von der Gemeinde geführt wurde, die fast täglich wiederholte Herabsetzung und Schmähung unserer Parteigenossen und der Mißbrauch des gedruckten Wortes zur Einschüchterung und Terrorisierung der Wähler hätten wirksam bekämpft und zurückgewiesen werden können. Seither hat die Wiener Judenschaft erhebende Beweise ihrer Kraft, ihres Gemeinsinnes und ihrer Religionstreue gegeben. Der Wiederaufbau des Leopoldstädter Tempels ist durch die Opferwilligkeit unserer Gesinnungsgenossen ermöglicht worden und ein aus unseren Gesinnungsgenossen gebildetes Komitee hat für die Fortführung und Erhaltung der jüdischen Wohlfahrtsinstitute einen Betrag von mehr als zehn Millionen aufgebracht. Das ist ein glänzendes Zeugnis der Tat- und Lebenskraft des Wiener Judentums, dem die jüdischnationalen Gegner vor den Wahlen schon jede Daseinsberechtigung abgesprochen haben. Die Sorge um Palästina in Ehren — aber was jüdischer Geist und jüdische Hände hier in unserem Vaterlande aufgebaut haben, wollen wir nicht verkümmern und verkommen lassen. Und auch dazu brauchen wir eine Zeitung, eine öffentliche Tribüne, von der aus wir immer wieder an Herz und Gewissen der österreichischen Judenschaft, an ihre Menschenliebe und an ihr Solidaritätsgefühl appellieren können. Schwert und Kelle zugleich soll eine solche Zeitung sein; eine gefürchtete Waffe gegen unsere Feinde, ein Werkzeug schöpferischer Arbeit für unsere Brüder.

Es ist eine Ehrenpflicht der österreichischen Judenschaft, ja es ist ein dringendes Postulat ihrer Selbsterhaltung, so rasch als möglich diese Zeitung zu schaffen. Zu ihrer Herausgabe, — zunächst als Wochenblatt — ist ein Garantiefonds von 500.000 Kronen erforderlich. Es wäre ein Zeichen unheilbarer marastischer Schwäche, wenn es nicht gelingen würde, diesen Betrag in solcher Zeit aufzubringen, daß das Erscheinen des neuen Blattes schon im kommenden Herbste ermöglicht würde. An alle unsere Mitglieder und Freunde ergeht unser dringender Ruf, auf dem angeschlossenen Formulare Spenden zum Ga-

rantiefonds zu zeichnen, ihr Abonnement auf das jüdische Wochenblatt anzumelden und die gezeichneten Beträge mittelst des beiliegenden Posterlagscheines (Postanweisung) an uns einzusenden. Diese Beträge werden gesondert gebucht und im unwahrscheinlichen Falle des Mißlingens der Aktion an die Zeichner zurückerstattet.

Deutschösterreichische Juden! Gebt eine Probe Eurer Kraft und Eures festen Willens, in diesem Staate für Euch und Eure Kinder die Stellung zu behaupten, die Eure Väter errungen haben. Schirmet Euer Haus und verteidigt den Boden, auf dem Ihr stehet!

Abzutrennen und an das Zentralbureau, Wien, IX., Berggasse 4, einzusenden.

| | |
|---|---|
| Ich zeichne hiemit für den Preßfonds der „Union deutschösterreichischer Juden“ den Betrag von<br>K ............................ | Ich erkläre hiemit, das von der „Union deutschösterreichischer Juden“ herauszugebende Wochenblatt im Abonnementwege beziehen zu wollen. |
| Genaue Adresse:<br>............................<br>............................ | Name:<br>............................ |

## Ein „Judenkataster“.

Die antisemitischen Blätter aller Richtungen veröffentlichen einen Aufruf des „Antisemitenbundes“, in welchem alle Nichtjuden aufgefordert werden, eine Liste der in ihrem Hause wohnenden Juden an die Kanzlei des genannten Bundes einzusenden. Diese Hauslisten sollen außer den Namen des Wohnungsinhabers, seiner Angehörigen und Haushaltgenossen Alter, Geburtsort, Beruf, Zeit der Ankunft in Wien, Größe der Wohnung usw. auch die Beantwortung der Frage enthalten, ob eine Abschaffung wegen Schieberei, Valutaschiebung usw. und sonst irgend welche Abstrafung erfolgt ist, dann Teilnahme am Kriege, Auszeichnungen und Verwundungen.

Wir haben keinerlei Veranlassung, dieser niedlichen Spielerei, durch welche offenbar zahlreichen unbeschäftigten Mitgliedern der „Frontkämpfervereinigung" und des „Volkssturms" zeitweilig ein lohnender Erwerb geboten werden soll, hindernd in den Weg zu treten. Selbstverständlich ist durch diese ganz und gar unkontrollierbare „statistische Aufnahme" jeder Unwahrheit und Mogelei, jeder Verleumdung und Denunziation Tür und Tor geöffnet. Die Ausfüllung der Fragebogen erfolgt auf keinerlei amtlicher Grundlage, sie beruht auf bloßem Hörensagen und da die Einsender unbekannt sind, können sie alles Mögliche und Unmögliche zusammenlügen. Den Anstoß zu solchen Lügen gibt ja der Zweck der ganzen Veranstaltung, den die „Reichspost" folgendermaßen umschreibt: „Aus ungezählten Schreiben spricht die Ueberzeugung von der Wichtigkeit einer solchen, möglichst eingehenden Statistik, die über die Verarmung der christlichen bodenständigen Bevölkerung der ehemaligen Residenzstadt erschreckenden Aufschluß zu geben vermag. Schon aus den bisherigen Angaben, die in der Kanzlei des „Antisemitenbundes" einliefen, ist ungefähr ein Ueberblick über die furchtbaren sozialen Veränderungen zu gewinnen, die in den letzten Jahren über Wien gekommen sind. Was die Gesamtheit des bisher verfügbaren, verhältnismäßig noch wenigen Ziffernmaterials meldet, läßt es begreiflich erscheinen, daß man mit solcher Vorsicht einer Klarlegung der tatsächlichen Verhältnisse ausgewichen ist. Man befürchtete eben von der Kenntnis der wahren Sachlage ein ungeheures Anschwellen der antisemitischen Bewegung in jenen Kreisen, die heute noch einer organisatorischen Abwehr gleichgültig, zum Teil sogar noch feindselig gegenüberstehen, um so mehr als heute selbst die radikalsten Antisemiten die Gefahr in ihrer Gänze nicht abzuschätzen vermögen."

Der „Judenkataster" soll also das Material zu einer scheinbar auf sorgfältigen, in Wahrheit aber jede Fälschung und Uebertreibung ermöglichenden Erhebungen beruhenden Judenhetze geben. Wir sind überzeugt, daß die Blütenträume der Herren J e r z a b e k, O r e l und Genossen nicht reifen werden, daß selbst diese Karikatur einer Statistik das von ihnen erhoffte und erwünschte Resultat nicht ergeben wird. An derart zustande gekommenen, vom Hasse und von der Lüge diktierten „Statistiken" war ja auch bisher kein Mangel. Vor drei Jahren mußte die „Reichspost" ihre freche Behauptung, daß an der Wiener medizinischen Fakultät 93 Prozent Juden und nur 7 Prozent Arier inskribiert seien, auf Grund des von uns beigebrachten Gegenbeweises als unwahr zurückziehen. Im berüchtigten Fritsch-Verlage erschien eine Abhandlung „Das Judentum in Oesterreich" und ein „Handbuch der Judenfrage", in welchen angeblich nach „zuverlässigen Angaben sachlich arbeitender Statistiker", deren Namen aber wohlweislich ver-

schwiegen wurden, erzählt wird, daß der Gesamtreichtum der Juden 110mal größer sei als der aller arischen Völker zusammen daß also „ein Jude im Durchschnitt 110mal reicher sei als 32 Arier zusammengenommen“. Solche unsinnige Uebertreibungen glaubt nicht einmal der bekannte „dumme Kerl von Wien“. Der „Judenkataster“ des „Oesterreichischen Antisemitenbundes“ regt uns darum auch nicht weiter auf.

Etwas anderes ist es freilich um die Frage, ob die Behörden ruhig zusehen wollen, daß unverantwortliche Hetzer und Wühler Untersuchungen anstellen, welche zweifellos einen Eingriff in staatliche Hoheitsrechte bedeuten und dazu bestimmt sind, Tatsachen des Privat- und Familienlebens preiszugeben. Die öffentliche Meinung ist in diesem Punkte in letzter Zeit sehr empfindlich geworden. Die derzeitige Form der Meldepflicht soll es selbst dem Hausebsorger unmöglich machen, auch nur in solche Einzelheiten des Privatlebens Einblick zu gewinnen, welche geeignet sind, den Wohnungsmieter oder seine Angehörigen in der sozialen Achtung herabzusetzen. Strafrechtlich verpönt ist aber die Verbreitung jeder Mitteilung über eine erfolgte Abschaffung oder Abstrafung. Soviel Jurist ist Herr Dr. Jerzabek, der Obmann des „Antisemitenbundes“, doch immerhin, daß ihm diese Tatsache nicht unbekannt sein kann. Sein „Judenkataster“ ist gesetzwidrig und das durch ihn aufzubringende Ziffern- und Tatsachenmaterial wird eine Sammlung willkürlicher Daten und dreister Fälschungen sein, die dann allerdings als „authentische“ Feststellungen den Weg durch die ganze antisemitische Presse gehen werden. In unserem lieben Oesterreich kann ja jetzt jedermann nach Belieben dem Gesetz ein Schnippchen schlagen.

---

## Mitteilungen der „Oesterr. Israelitischen Union“.

### Die Gesamtorganisation der österreichischen Judenschaft.

Die Bildung der in den neuen Statuten der „Union Deutschösterreichischer Juden“ vorgesehenen Mitgliedschaften (Ortsgruppen schreitet rüstig vorwärts. — Wir bitten alle unsere Freunde dringendst, in der Anwerbung neuer Mitglieder eifrigst fortzufahren und stellen zu diesem Zwecke auf Verlangen Werbeblocks gerne zur Verfügung. Wir machen darauf aufmerksam, daß auf Grund der neuen Statuten auch Frauen der „Union“ als Mitglieder angehören dürfen und ersuchen, die Werbetätigkeit auch auf diese auszudehnen. — In Linz, Salzburg, Graz und Innsbruck hat unser Sekretär zahlreich besuchte Versammlungen abgehalten, in welchen es vielfach

auch zu Aussprachen mit Vertretern der zionistischen Partei gekommen ist, welche trotz sonstiger Meinungsverschiedenheiten die Notwendigkeit energischesten Rechtsschutzes sachlich anerkannten.

---

## Aus unserem Rechtschutz- und Abwehrbureau.

### Die Juden in der Wehrmacht.

Am 21. Oktober 1920 erschien in der „Grazer Tagespost" ein Inserat, betreffend die Aufnahmsbewilligung zum Eintritt in die Wehrmacht. In diesem Inserate wurde verlangt, daß zur Anmeldung u. a. die Beibringung eines Taufscheines erforderlich sei. Dieses Erfordernis hätte die tatsächliche Ausschließung der Juden von der Aufnahme in die Wehrmacht bedeutet. Wir haben daher bei dem Bundesministerium für Heerwesen gegen diese Verletzung der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Gleichberechtigung Beschwerde erhoben und die Annullierung der gesetzwidrigen Ausschreibung verlangt.

Auf diese Beschwerde ist uns unterm 3. März 1921 vom Bundesministerium für Heerwesen folgende Erledigung zugekommen:

„Auf den Einspruch gegen das in der „Grazer Tagespost" vom 21. Oktober 1920 erschienene Inserat über die Meldung zur Wehrmacht beehrt sich das Bundesministerium für Heerwesen folgendes mitzuteilen:

Der Hauptzweck des Inserates war, die gesetzlichen Aufnahmsbedingungen allgemein bekannt zu machen. Diese sind auch dem § 14 des W. G. entsprechend angeführt worden. Für die Aufnahme in das Bundesheer sind ausschließlich die gesetzlichen Bestimmungen maßgebend. Daß in der Aufzählung der zur Anmeldung mitzubringenden Dokumente statt Geburtsurkunde „Taufschein" gesetzt wurde, hatte keine Nebenabsicht.

Aus dem Umstande, daß sich in Steiermark Juden zum Bundesheer gemeldet haben und die Anmeldung angenommen wurde, wolle entnommen werden, daß die Aufnahme in das Bundesheer nur von den gesetzlichen Bestimmungen, keineswegs aber von einer konfessionellen Zugehörigkeit abhängig gemacht wird.

Da somit die Erhebungen die Bedenken der dortigen Zuschrift entkräftet haben, wurde mit Rücksicht auf die hohen Kosten von einer Wiederholung des Inserates abgesehen. Zur Vermeidung weiterer Mißverständnisse wurde jedoch die zuständige HVST. beauftragt, bei etwaigen nochmaligen Werbeankündigungen die Wendung: „Tauf- oder Geburtsschein" anzuwenden.

Für den Bundesminister: Müller m. p."

## Der Numerus clausus.

Auf dem letzten christlichsozialen Parteitag wurde der Antrag der Salzburger Delegierten, an den österreichischen Universitäten den Numerus clausus für jüdische Hörer einzuführen, angenommen. — Ohne die von den Jüdischnationalen geleistete Vorarbeit, welche die Errichtung besonderer jüdischer Volks-, Mittel- und Hochschulen verlangen, hätten die Christlichsozialen kaum den Mut zu dieser kulturfeindlichen Resolution aufgebracht.

---

## Die Galgen des Herrn Stocker.

Im letzten Hefte der „Monatsschrift" haben wir eine Strafanzeige unseres Rechtsschutzbüros an die Grazer Staatsanwaltschaft gegen den ehemaligen Abgeordneten Stocker publiziert, weil derselbe in einer Versammlung der deutschösterreichischen Bauernpartei zu Graz zu einem Pogrom aufgefordert und hiebei die Worte gebraucht hatte: „So ein Pogrom braucht nicht einmal allzu blutig zu verlaufen; denn wenn auch nur ein Dutzend Juden einmal auf den Laternenpfählen baumeln, dann verschwinden die übrigen 300.000 von selbst nach Galizien und Ungarn, woher sie gekommen sind." Die Staatsanwaltschaft Graz hat unserer Anzeige Folge gegeben und die strafgerichtliche Untersuchung gegen Herrn Stocker auf Grund des § 302 St. G. eingeleitet. In den Organen des Bauernbundes und anderer antisemitischer Blätter erhebt sich darob ein Wutschrei, der uns ebenso kalt läßt wie die daran geknüpften Drohungen.

---

## Das Martyrium der ukrainischen Juden.

### Aufruf an die österreichische Judenschaft.

Der Anlaß dieses Aufrufes ist selbst in der alten jüdischen Leidensgeschichte so unerhört, das Unglück, zu dessen Linderung wir auffordern, so unermeßlich, daß alle Ausdrucksmittel versagen.

Es handelt sich um das Martyrium der ukrainischen Juden und seine katastrophalen Folgen.

Nur einige Daten: Den zwölfmaligen Wechsel der Macht in der Ukraine mußten die Juden mit entsetzlichen Pogromen büßen. Nach einer Statistik, die der jüdischen Welthilfskonferenz zu Karlsbad (Sommer 1920) vorlag, wurden innerhalb vierzehn Monaten nicht weniger als 568 Ortschaften der Ukraine von den bisnun blutigsten Judenmassakers der Weltgeschichte betroffen. Nach den Pogromen im Frühjahr und Sommer 1910 zählte man 138.000 jüdische Leichen. Die Zahl der Kranken, Verstümmelten, Mißhandelten, in den großen Wäldern Herum-

irrenden ist nicht zu überblicken. Die wahnwitzigsten Greuel wurden an Männern und Frauen, an Greisen und Kindern verübt. So durften während des mehrtägigen Judenschlachtens in Proskurow die Leichen nicht bestattet werden und die martervolle Niedermetzelung wurde um 6 Uhr abends durch das Konzert einer Musikkapelle beendet. Anläßlich der berüchtigten „Aprilpogrome" wurden 40 jüdische Städtchen vollkommen ausgeschlachtet und die Bedauernswerten, welche auf Dampfern zu entkommen suchten, ertränkt. Väter haben große Summen gezahlt, damit ihre Söhne nicht zu Tode gefoltert, sondern bloß — erschossen werden und haben der Erschießung beiwohnen müssen. Eltern wurden gezwungen, ihre Kinder lebendig zu begraben, und Mütter, das Blut geschlachteter Säuglinge zu trinken.

Aber während man anläßlich der Karlsbader Welthilfskonferenz hoffte, daß das Maß der Leiden auf dem blutgetränkten Boden der Ukraine erschöpft sei, wurde das Morden und Foltern noch bis in die allerjüngste Zeit fortgesetzt. So haben im verflossenen Herbst die entmenschten Horden des Generals Balachowicz im ukrainischen Grenzgebiete 150 jüdische Ortschaften heimgesucht. Zerstörte jüdische Siedlungen, unzählige Gräber zu Tode gefolterter Juden jedes Alters, herumirrende hungernde Witwen und Waisen, venerisch kranke geschändete Mädchen und Frauen im Alter von 12 bis 50 Jahren, in Elendquartieren verkommene Ueberlebende, geschändete, zerfetzte Thorarollen sind die Hinterlassenschaft dieses „Feldzuges".

Die Toten sind erlöst, aber von den drei Millionen ukrainischer Juden, die zu dem besten jüdischen Menschenschlag gehören, ist die Hälfte völlig ruiniert, die ganze Judenheit des Landes von Epidemien, insbesondere Flecktyphus, heimgesucht.

Und noch immer sind die jüdischen Ortschaften in der Ukraine wehrlos den Massakers der ständig sich neubildenden Banden ausgesetzt!

Und nun denke man an die überlebenden jüdischen Kinder! Nach einer oberflächlichen Zählung sind mehrere Hunderttausende jüdischer Waisen zurückgeblieben!

Die Qualen dieser unschuldigen, hilflosen Geschöpfe, auf deren kurzem Erdendasein entsetzliches Erleben lastet, schreien zum Himmel! Die Kindersterblichkeit ist enorm, ganze Städte und Ortschaften stehen ohne einen einzigen Arzt da. Hunger, Kälte, Schmutz, Krankheit und Obdachlosigkeit sind das Los dieser elternlosen, von den durchlebten Schrecknissen für immer gezeichneten Unmündigen.

Aus ihren Berufen gerissen, dem neuen Wirtschaftssystem nicht gewachsen, täglich am Leben bedroht, flüchten nun die überlebenden ukrainischen Juden seit dem Winter 1920 über

die Grenzen Bessarabiens und der polnischen Randgebiete. Auf verborgenen Wegen, über nachtbedeckte Felder und durch finstere Wälder ziehen die Scharen verzweifelter Menschen und verlassen die Heimat, die sie unendlich geliebt und die ihnen zum Fluch geworden ist. Hinter ihnen Ströme jüdischen Blutes, Tod und Verderben, vor ihnen die Grenze, über welche sie aus der Hölle entfliehen. So sind bisnun 25.000 Flüchtlinge nach Rumänien und 35.000 dieser Entwurzelten nach den polnischen Gebieten geströmt und harren buchstäblich nackt und aller Mittel entblößt, noch am Wege mißhandelt und ihrer letzten Habe beraubt, in unhygienischen Massenquartieren zusammengepfercht, der Weiterbeförderung, der sich unendliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Hinter ihnen aber drängen neue Massen, welche trotz der unsäglichen Schwierigkeiten der Flucht und der tausend Gefahren hüben und drüben die bald nicht mehr aufnahmsfähigen Gebiete überfluten werden.

Zehntausend jüdische Waisenkinder leben in dem zu Polen gehörigen Wolhynien. Unter ihnen Hunderte, die sich erst vor kurzem herübergerettet haben. Eine kleine Zahl nur ist mit Hilfe der amerikanischen Judenheit in Waisenhäusern untergebracht, ein kleiner Bruchteil befindet sich in Privatpflege. Die große Masse der anderen harrt, von Hunger und Verwahrlosung bedroht, der Hilfe der jüdischen Welt. Wohl haben die kanadischen und argentinischen Juden sich bereit erklärt, vorläufig einige hundert Waisenkinder zu adoptieren, aber nur die vereinte Hilfe der Juden aller Länder kann das Los dieser verlornen Generation lindern. In Kanada beteiligten sich auch Christen an der Rettungsaktion und ein edler christlicher Greis, Mr. Farrar, nimmt an der europäischen Mission teil und ist infolge der Strapazen der Reisen im Osten schwer erkrankt. Die Juden der ganzen Welt dürfen hinter dem beispielgebenden Wirken dieses nichtjüdischen Kanadiers nicht zurückbleiben.

Auch die Juden in jenen Gebieten, welche von Flüchtlingen erfüllt sind, leisten Menschenmöglichstes, trotzdem das Wirtschaftsleben dort noch an den Wunden der letzten Schreckensjahre krankt und trotzdem ihr Geld einen noch geringeren Wert hat als das unsere. Sind sie doch ein Teil jener ukrainischen Juden, welche, als die russischen Armeen Galizien und die Bukowina besetzt hatten, ein großzügiges Hilfswerk für die notleidende Judenschaft in Feindesland eingerichtet und in zartfühlender Weise zur Rettung von Zehntausenden beigetragen haben.

Das amerikanische Hilfswerk, welches in der ganzen Welt so viel Judenleid zu lindern hat, unterstützt auch diesmal die Flüchtlinge, jedoch ist es außerstande, allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Die amerikanische Judenheit fordert auch

mit Recht, daß sich auch die Juden anderer Länder ihrer Pflicht bewußt werden.

Jetzt heißt es, von überallher zu Hilfe zu eilen.

In Oesterreich hat sich ein Hilfskomitee für die ukrainisch-jüdischen Pogromopfer (per Adresse Israelitische Kultusgemeinde, I., Seitenstettengasse 2, 2. Stock) gebildet. Es will folgende Zwecke erfüllen:

1. Sammlung von Geldmitteln und Bekleidungsstücken aller Art (beziehungsweise unverarbeiteten Stoffen).

2. Gründung von Emigrantenheimen in den Randgebieten.

3. Errichtung von Werkstätten zur Beschäftigung arbeitsfähiger Elemente bis zum Zeitpunkte ihrer Weiterreise und Beihilfe zu ihrer Weiterbeförderung in aufnahmsfähige, insbesondere überseeische Länder.

4. Intensivste Mitwirkung an der Adoption von Pogromwaisen durch Familien, welche jüdische Vollwaisen an Kindes statt aufnehmen wollen.

Wenn auch die Nerven durch die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegsjahre abgestumpft sind: dieses furchtbare jüdische Unglück muß alle ausnahmslos hilfsbereit finden. Wer noch Kinder und Angehörige hat, die er liebt, wer nur einen Augenblick daran denkt, daß ihm und seinen Lieben dieses Martyrium erspart geblieben ist, wird nach Kräften und weit über seine Kräfte für diesen Zweck spenden. Der wird nicht wollen, daß jene Märtyrerer um ihre letzte Hoffnung betrogen werden, daß die Judenschaft sich der Witwen und Waisen annehmen werde.

Wir wollen rasch und mit größter Energie unsere Beihilfe zu dem großen allgemeinen Hilfswerk leisten und sind überzeugt, daß die Beiträge, welche wir im armen Oesterreich aufbringen, von großer moralischer Rückwirkung auf die Judenheit der reicheren Länder sein werden. Gedenket des unsäglich qualvollen Loses der ukrainischen Stammes- und Glaubensgenossen und dieser Aufruf wird nicht vergebens erlassen worden sein.

**Israelitische Kultusgemeinde.**
Der Präsident: **Univ.-Prof. Dr. Alois Pick.**

**Oberrabbiner Dr. H. P. Chajes**
Mitglied des Zentralrates der Jüd. Welthilfskonferenz.

**Zionistisches Landeskomitee.**
Der Präsident: **Landtagsabg. Robert Stricker.**

**Verband der isr. Humanitätsvereine Bnei-Brith.**
Der Präsident: **Univ.-Prof. Dr. S. Ehrmann.**

**Israelitische Allianz.**
Der Präsident: **Dr. Arthur Kuranda.**

**Union deutschösterreichischer Juden.**
Der Vizepräsident: **Dr. Jakob Ornstein.**

**Agudas Jisroel.**
Der Präsident: **Wolf Pappenheim.**

**Dr. Otto Abeles**
Großindustrieller **Dr. Gustav Arens**
Univ.-Prof. **Dr. Gustav Alexander**

Bankier **Arthur Kola**
Akad. Maler **Lazar Krestin**
**Med.-Dr. Edmund Kohn**

Dr. **Arnold Ascher**, Gen.-Sekr. der Baron Hirsch-Stiftung
**Richard Beer-Hoffmann**
Hofrat **Dr. Ernst Bettelheim**
**Richard Bettelheim**, Prokurist des Bankhauses S. M. Rothschild
Univ.-Prof. **Dr. Ludwig Braun**
**Dr. Eugen Brettauer**, Präsident der Merkurbank A.-G.
**Med.-Dr. Siegfried Boxer**
**Philipp Broch**, Direktor der Verkehrsbank
**Ing. Edwin Czeczowiczka**
Großindustrieller **Eduard Doktor**
Großrabbiner **Israel Friedmann**
Großrabbiner **J. M. Heschel**
Rabb. **Dr. Dawid Feuchtwang**
Rabb. **Dr. Max Grunwald**
Akad. Maler **Jehuda Epstein**
Gemeinderat **Dr. Jabob Ehrlich**
**Siegmund Epler**, Direktor der Länderbank
**Martha Bondy**
Hofrat **Dr. Salomon Frankfurter**
**Fanni Freund-Marcus**
Rechtsanwalt **Dr. Desider Friedmann**, Vizepräsident der isr. Kultusgem.
**Lisette Gelber**
Hofrat **Dr. Siegfried Gerstmann**, Direktor des Zentraltaxamtes
Börsenrat **Ignatz Glück**
Dramaturg **Heinrich Glücksmann**
**Paul Goldstein**, Generaldirektor der Allgem. Depositenbank
**Dr. Philipp Gomperz**
**Alfred Grünfeld**
**Sophie Grünfeld**
Bergrat **Max Gutmann**
Univ.-Prof. **Dr Markus Hajek**
**Dr. Paul Hammerschlag**, Direktor der Creditanstalt
Rechtsanwalt **Dr. Oskar Hein**
Großindustrieller **Ernst Hirsch**
**Ludwig Horch**
**Abraham Hornstein**
**Dr. Adolf Kapralik**
Rechtsanwalt **Dr. Felix Katzau**
Akad. Maler **Isidor Kaufmann**
Baurat **Wilhelm Kempler**
Univ.-Prof. **Dr. Leon Kellner**
Univ.-Prof **Dr. Leopold Königstein**
**Charlotte Königswarter**
Akad. Maler **David Kohn**, Präsident des The Vienna Jewish Relief Fund
Rechtsanwalt **Dr. Albert Kuh**
**Wilhelm Kux**, Direktor der Niederösterr. Eskomptegesellschaft
Großindustrieller **Siegfried Landsmann**
Großindustrieller **Max Lawetzki**
Rechtsanwalt **Dr. Josef Löwenherz**
Hofrat **Dr. Josef Löwner**
Regierungsrat **Josef Lövy**
Großindustrieller **Leopold Lourie**
Großkaufmann **Jakob März**
Kultusrat **Max Markus**
**Anitta Müller**, Mitglied der Exekutive der Jüd. Welthilfskonferenz
**Ludwig Neurath**, Direktor der Creditanstalt
Rechtsanwalt **Dr. Julius Ofner**
Rechtsanwalt **Dr. Carl Ornstein**
**S. Osterer**, Präses des Jüd. Hochschulausschusses
Rechtsanwalt **Dr. Wilhelm Pappenheim**
**Erna Patak**
Gemeinderat **Dr. Leopold Plaschkes**
**Oscar Pollak**, Direktor des Wiener Bankvereines
Gemeinderat **Dr. Bruno Pollack-Parnau**
**Josef Popper-Lynkeus**
Großindustrieller **Oskar Rosner**
**Felix Salten**
**Med.-Dr. Isidor Schalit**
**Arthur Schnitzler**
Hofrat Univ.-Prof. **Dr. Julius Schnitzler**
Kommerzialrat **Hugo Schwarz**, Direkt. der Anglobank
Gemeinderat **Dr. Rudolf Schwarz-Hiller**
Großindustrieller **Felix Sobotka**
**Prof. Julius Stwertka**, Konzertmeister der Staatsoper
Regierungsrat **Rudolf Taussig**
**Isaak Jakob Thumim**
Akad. Maler **Wilhelm Wachtel**
**Dr. Israel Waldmann**
**Jakob Wassermann**
**Dr. Ludwig Werner**, Zentralinspektor der österr. Bundesbahnen
**Juliusz Wolfsohn**
Börsenrat **Robert Wortmann**
**Alexander Wolf**
**Theodor Weiß**, Mitglied des Deutschen Volkstheaters
Univ.-Prof. **Dr. Otto Zuckerkandl**

Adresse für Geldsendungen: **Allgemeine Depositenbank**, I., Schottengasse 1, Konto »Hilfskomitee für die ukrainisch-jüdischen Pogromopfer«. Adresse für Spenden von Bekleidungsstücken: **Sophie Grünfeld**, Bekleidungszentrale, VIII., Langegasse 72, Amtsstunden jeden Donnerstag von 3 bis 6 Uhr.

**Redaktion und Administration: Wien, IX., Berggasse 4. — Telephon 19-2-77.**
**Herausgeber: „Oesterreichisch-Israelitische Union". — Verantwortlicher Redakteur Siegfried Fleischer. — Druck von L. Beck & Sohn.**